

Verteilungspolitische Schieflage bei Vermögen erfordert Korrekturen



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Bereich Wirtschafts-
und Steuerpolitik

Verantwortlich:
Claus Matecki

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Fragen an:
Christoph Hahn
Telefon: 0 30/2 40 60-221
Telefax: 0 30/2 40 60-218
E-Mail: carina.ortmann@dgb.de

1. Vermögensverteilung in Deutschland: Problemaufriss

Die Forderung nach einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung ist kein Relikt aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie ist aktueller denn je.

Die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen nehmen zu, Erträge aus Kapital- und sonstigem privaten Vermögen wachsen in atemberaubender Schnelligkeit, während sich die Reallohnentwicklung seit Jahren äußerst bescheiden darstellt. Vor dem Hintergrund der Erbschaftsteuerreform und der zunehmend privatisierten Alters- und Gesundheitsvorsorge erhält der Besitz von privatem Vermögen eine verstärkte wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung.

Neue Nahrung erhält die Debatte um eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland durch eine Anfang November 2007 veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.¹

Die DIW-Studie arbeitet mit den Ergebnissen aus der Vermögenserhebung im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Die Daten, anhand derer die Höhe und Struktur des Geld- und Realvermögens sowie deren Verteilung auf Individuen in Deutschland analysiert werden können, stammen von 2002. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Verteilungsstruktur seither nicht wesentlich verändert hat.

Das DIW stellt in seiner Analyse der individuellen Vermögensverteilung für Deutschland im Jahr 2002 fest, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen verfügen. Im Durchschnitt betrug das individuelle Netto- Vermögen im Jahr 2002 der Deutschen über 17 Jahren rund 81.000 Euro. Jeder Deutsche über 17 Jahren verfügt demnach im Durchschnitt über ein Vermögen von 81.000 Euro.

Vermögenszusammensetzung:

Vermögen setzt sich zusammen aus Geldvermögen, privaten Versicherungen (inklusive Bausparverträge), selbst genutzten Immobilien, sonstigem Immobilienbesitz, Betriebsvermögen, Sachvermögen und Schulden. (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S.669)

Betrachtet man jedoch den Median² oder Zentralwert bei der Vermögensverteilung wird deutlich, dass eine sehr ungleiche Verteilung des Vermögens in Deutschland besteht. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt über weniger als 15.000 Euro. Der Median trennt hier die reiche Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte.

¹ Markus Grabka und Joachim Frick: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, in DIW-Wochenbericht, Nr. 45 vom 7. November 2007.

² Median: (oder *Zentralwert*) bezeichnet eine Grenze zwischen zwei Hälften. In der Statistik halbiert der Median eine Stichprobe.

Was begünstigt den Vermögensaufbau und welche Vorteile lassen sich durch den Besitz von Vermögen erzielen (einzelwirtschaftliche Funktionen von Vermögen)?

- Einkommensfunktion: Vermögen schafft durch Zinserträge weiteres Vermögen.
- Nutzungsfunktion: Sachvermögen kann selbst genutzt werden.
- Sicherungsfunktion: Vermögen schafft eine Absicherung im Falle von zentralen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter.
- Statuserhaltungsfunktion: Vermögen dient zur Erreichung oder Bewahrung eines hohen sozialen Status.
- Vererbungsfunktion: Vermögen kann vererbt werden.
- Machtfunktion: Vermögen verleiht wirtschaftliche Macht.

2. Methodisches Vorgehen

Das DIW hat anhand der Datenbasis aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) die Studie zur individuellen Vermögensverteilung in Deutschland erstellt. Sämtliche Berechnungen basieren auf den Daten aus einer Schwerpunktbefragung aus dem Jahr 2002, die sich eingehend mit der Vermögenssituation der Befragten beschäftigen.

Bevölkerungsumfragen ermitteln im Normalfall das Pro-Kopf-Vermögen auf Basis der Haushaltsebene. Das SOEP hat durch eine methodische Besonderheit die individuelle Vermögenssituation jedes Haushaltsbewohners ab 17 Jahren abgefragt. Es ist deshalb möglich, auch haushaltsinterne Umverteilung zu analysieren. Das SOEP fragt dabei verschiedene Vermögenskomponenten ab. Dazu zählen Immobilienbesitz, Geldvermögen, Vermögen aus privaten Versicherungen, Betriebsvermögen, Sachvermögen und Schulden.³ Nach Abzug der Verbindlichkeiten vom addierten Brutto-Vermögen erhält man das Netto-Gesamtvermögen (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S. 667).

3. Schieflage bei der individuellen Vermögensverteilung für Deutschland 2002

Das Netto-Gesamtvermögen (ohne Sachvermögen) der Deutschen über 17 Jahre beträgt auf Basis der Daten aus dem SOEP für 2002 5,4 Billionen Euro⁴.

Dem Brutto-Vermögen von 6,5 Billionen Euro stehen Verbindlichkeiten, d. h., Schulden der privaten Haushalte in Höhe von 1,1 Billionen Euro gegenüber. Den größten Bestandteil machen der Grund- und Immobilienbesitz mit 4,5 Billionen Euro aus (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S. 667).

Somit verfügt jeder Bundesbürger über 17 Jahre über ein Netto-Gesamtvermögen im Durchschnitt (arithmetisches Mittel) in Höhe von knapp 81.000 Euro (Tabelle 1). Der Median liegt hingegen bei nur 15.000 Euro.

Auffallend ist, dass das reichste Zehntel der bundesdeutschen Bevölkerung über 17 Jahre (p90) ein Netto-Gesamtvermögen von mindestens 207.000 Euro pro Person besitzt.

³ Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung werden nicht abgefragt. (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S. 666)

⁴ Beim Finanz- und Sachvermögen und bei den Konsumentenkrediten sind nur Vermögenswerte ab einer Untergrenze von 2500 Euro erfasst. (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S. 667)

Addiert man die Personen mit negativem Vermögen, also die verschuldeten Personen, mit den Personen mit einem Vermögen von Null, so zeigt sich, dass knapp 30 % der Bevölkerung über 17 Jahre über kein Vermögen verfügen oder gar verschuldet sind.

Das heißt, es gibt eine erhebliche Schieflage bei der Vermögensverteilung in der deutschen Bevölkerung.

Tabelle 1:

Individuelles Netto-Vermögen in Deutschland 2002

Verteilungskennwerte	West-	Ost-	Gesamt-
	Deutschland		
In Euro			
Mittelwert	91 486	34 290	80 722
Median	18 326	7 554	15 000
p90	232 360	103 379	207 160
p95	345 804	150 520	312 941
p99	791 926	292 395	736 781
Konzentrationsmaße			
Gini-Koeffizient	0,779	0,801	0,790
p90/p50	12,68	13,69	13,81
In Prozent			
Personen mit negativem Vermögen	5,3	5,8	5,4
Personen mit einem Vermögen von Null ¹⁾	24,3	24,3	24,3

¹ Der Anteil der Personen ohne Vermögen ist überschätzt, da für drei Komponenten (Geldvermögen, private Versicherungen und Konsumentenkredite) ein Schwellenwert von 2 500 Euro vorausgesetzt wird.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin.

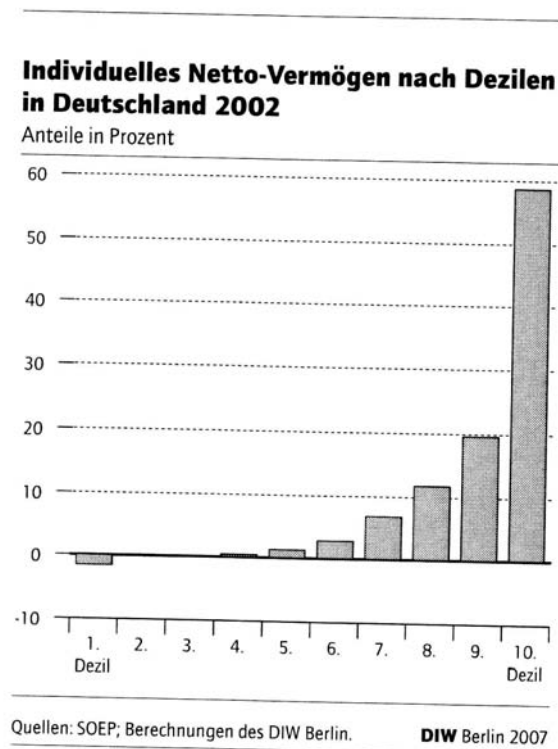
DIW Berlin 2007

Eine weitere verteilungspolitische Schieflage zeigt sich, betrachtet man die Verteilung des Vermögens zwischen Ost- und Westdeutschen. Das individuelle Vermögen der Westdeutschen ist mit 91.486 Euro fast dreimal so hoch (2,6-mal soviel), wie das individuelle Vermögen der Ostdeutschen mit 34.290 Euro.

Sortiert man die Personen nach der Höhe ihres Netto-Vermögens und bildet dann zehn gleichgroße Gruppen (Dezile) zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung über 17 Jahren über nur ein sehr geringes oder gar kein Vermögen verfügen (vgl. Abbildung 1).

Das reichste Zehntel der Deutschen über 17 Jahre verfügt über annähernd 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die untersten 70 Prozent der Bevölkerung (sortiert nach dem individuellen Vermögen) haben einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als 10 Prozent (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:

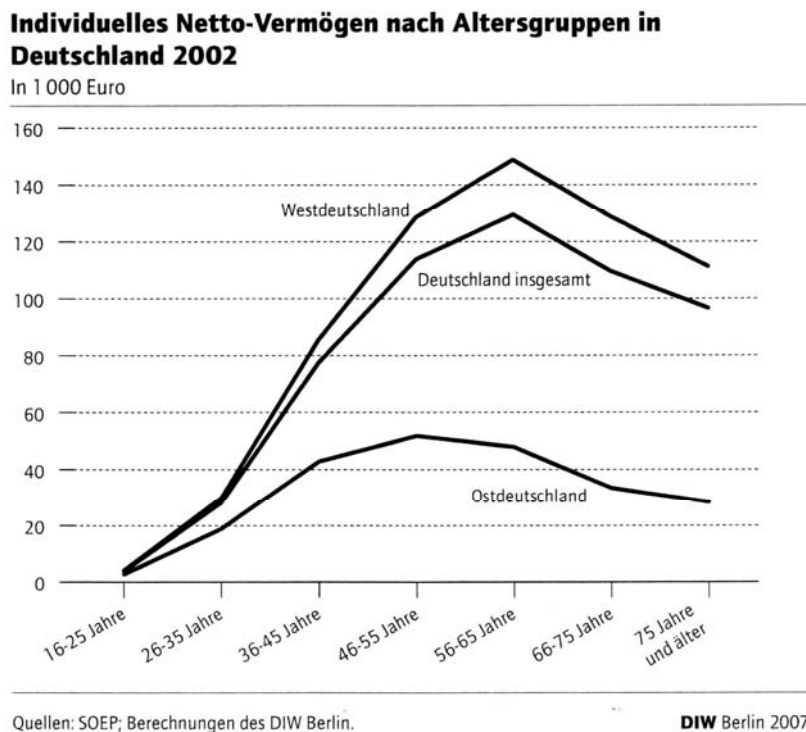


4. Individuelle Vermögensposition nach Alter

Die DIW Studie zeigt bei der Verteilung der individuellen Vermögen nach Alter klare Strukturen eines klassischen Lebenszyklusses auf.

Während die unter 25jährigen kaum über nennenswertes Vermögen verfügen, steigt die Fähigkeit, Vermögen zu bilden, mit zunehmendem Alter stark an, ehe sie mit Eintritt in den Ruhestand wieder abfällt.

Die Gruppe der 56- bis 65jährigen verfügte 2002 mit einem individuellen Nettovermögen von knapp 130.000 Euro über das höchste Nettovermögen aller Altersgruppen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:

Auffallend ist außerdem, dass die Vermögensaufteilung zwischen Ost- und Westdeutschen, nach Altersgruppen sortiert, starke Differenzierungen aufweist. Während die Westdeutschen in der Altersgruppe über 66 Jahren über ein individuelles Vermögen von rund 100.000 Euro verfügen, verfügen ihre Altersgenossen in den neuen Bundesländern nur über knapp 30.000 Euro Individual-Nettovermögen. Dies liegt einerseits an den in der DDR fehlenden Akkumulationsmöglichkeiten und andererseits am niedrigeren Wohneigentümeranteil (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007 S. 670).

5. Vermögen und Geschlecht. Ein Zusammenhang?

Durch die individuelle Erfassung der Vermögenssituation im SOEP ist das DIW in der Lage, in seiner Studie eine Auflistung der individuellen Vermögenssituation nach Geschlecht anzufertigen.

Während Männer im Durchschnitt mit 95.928 Euro hohes individuelles Vermögen besitzen, haben Frauen mit 67.380 Euro ein deutlich niedrigeres individuelles Vermögen (vgl. Tabelle 2).

Dies liegt einerseits daran, dass Männer häufiger bestimmte Vermögenskomponenten wie Geld- oder Betriebsvermögen oder private Versicherungen besitzen.⁵ Außerdem verfügen Männer in der Regel über kontinuierlichere Erwerbsbiographien als Frauen, da diese oft durch Kinder- und Erziehungspausen aus dem Erwerbsleben zumindest temporär ausscheiden.

⁵ Vgl. Tabelle 3.

Tabelle 2:

**Individuelles Netto-Vermögen
in Deutschland 2002 nach
dem Geschlecht der Besitzer**

	Männer	Frauen
In Euro		
Mittelwert	95 928	67 380
Median	20 000	10 518
In Prozent		
Relative Vermögensposition	119	83
Personen mit negativem Vermögen	21,3	27,0
Personen mit einem Vermögen von Null ¹	6,4	4,5
<i>Nachrichtlich: Bevölkerungsanteil</i>	46,7	53,3

1 Der Anteil der Personen ohne Vermögen ist überschätzt, da für drei Komponenten (Geldvermögen, private Versicherungen und Konsumtenkredite) ein Schwellenwert von 2 500 Euro vorausgesetzt wird.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Auch beim Median, der die Gruppen in zwei Hälften teilt, zeigt sich eine deutliche Differenzierung nach Geschlecht. Der Median-Wert ist bei den Männern mit 20.000 Euro fast doppelt so hoch wie bei den Frauen mit 10.518 Euro.

Tabelle 3:

**Portfoliostruktur des individuellen Netto-Vermögens in
Deutschland 2002 nach dem Geschlecht der Besitzer**

	Männer	Frauen
In Euro (Mittelwerte)		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	52 947	48 845
Sonstiger Immobilienbesitz	19 518	13 500
Geldvermögen ¹	11 272	8 316
Private Versicherungen ¹	12 018	6 094
Betriebsvermögen	17 345	3 266
Sachvermögen	1 504	1 191
Schulden ¹	-18 675	-13 832
Insgesamt	95 928	67 380
Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung² in Prozent		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	37,7	35,2
Sonstiger Immobilienbesitz	11,2	9,0
Geldvermögen ¹	45,8	40,7
Private Versicherungen ¹	52,6	42,6
Betriebsvermögen	6,3	2,2
Sachvermögen	8,5	8,4
Schulden ¹	-32,4	-25,2

1 Bei der Erhebung wurden lediglich Beträge ab 2 500 Euro erfasst.

2 Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Auch bei der konkreten Auflistung der Vermögensstruktur zeigt sich eine deutliche Differenzierung nach Geschlecht. Vor allem bei den Komponenten Betriebsvermögen und private Versicherungen haben Männer deutlich höhere Vermögenswerte akkumuliert als Frauen. (vgl. Tabelle 3.)

Es gibt demzufolge einen deutlich nachweisbaren Zusammenhang zwischen individuellem Vermögen und Geschlecht.

6. Vermögenszusammensetzung nach Ost und West

In Ost-Deutschland ist der Anteil der Hauseigentümer an der Gesamtbevölkerung niedriger, als in West-Deutschland. Dies ist einerseits eine Folge der Wohnungspolitik der DDR, und andererseits dem geringeren Lohn- und Einkommensniveau in Ost-Deutschland geschuldet. Während im Westen 38,1 Prozent der Befragten in einer eigenen Immobilie wohnen, sind dies im Osten nur 28,8 Prozent.

Auch der sonstige Immobilienbesitz ist in West-Deutschland mit 10,9 Prozent fast doppelt so hoch wie in Ost-Deutschland mit 6,3 Prozent.

Beim Geldvermögen und bei den privaten Versicherungen ist der Anteil der Bevölkerung, die über solch eine Vermögensart verfügen, ungefähr gleich hoch. Hier bleibt jedoch festzuhalten, dass die unten stehenden Werte nur den Anteil der Besitzer an der Bevölkerung prozentual erfassen, die über eine solche Vermögenskomponente verfügen. Über die jeweilige monetäre Höhe gibt nachfolgende Tabelle keine Auskunft.

Tabelle 4:

Vermögenskomponenten

Anteil der jeweiligen Besitzer an der Bevölkerung¹

	West-	Ost-	Gesamt-
	Deutschland		
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	38,1	28,8	36,4
Sonstiger Immobilienbesitz	10,9	6,3	10,0
Geldvermögen ²	43,1	42,9	43,1
Private Versicherungen ²	46,7	49,8	47,3
Betriebsvermögen	4,3	3,5	4,1
Sachvermögen	9,7	3,2	8,5
Schulden ²	29,6	24,1	28,5

¹ Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.

² Bei der Erhebung wurden lediglich Beträge ab 2 500 Euro erfasst.

Quellen: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive eines 0,1 % Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

7. Fazit und politische Schlussfolgerungen

Die jüngste Studie des DIW zur Geld- und Realvermögensverteilung in Deutschland weist erhebliche Ungleichheiten nach: Während etwa zwei Drittel aller erwachsenen Deutschen nur über ein geringes oder sogar überhaupt kein Vermögen verfügen, konzentriert sich der größte Teil des Vermögens auf reiche Bevölkerungsschichten: Die reichsten 10 % der über 17jährigen Personen besitzen fast 60 % des gesamten Vermögens. Auf das oberste Prozent allein entfallen sogar mehr als 20 % des gesamten Vermögens.

Eine derartige Anballung von Vermögen ist für Gewerkschaften aus verschiedenen Gründen nicht akzeptabel. Die Konzentration von Vermögen auf einige Wenige beinhaltet immer auch die Gefahr des Missbrauches der daraus erwachsenen Macht. Sie ist damit auch eine Gefahr für die Demokratie. Große Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung bedeuten ferner weniger Chancengleichheit auf vielen Feldern der Politik, angefangen von der Ausstattung mit Bildung und Wissen bis hin zu lebensstandarterhaltenden Alterseinkommen. Eine zu starke Vermögenskonzentration bedeutet aber auch die Gefahr von Wachstums- und Beschäftigungsverlusten, wenn zunehmend Anreize geringer werden, eigenständig Initiativen zu entwickeln.

Die oben beschriebene Vermögensverteilung ist auch vor dem Hintergrund zunehmend wichtiger werdender privater Altersvorsorge ein verteilungspolitischer Skandal. Wer keine Spielräume zur privaten Altersvorsorge hat, wer kein Vermögen während seiner Lebens- Erwerbsarbeitszeit aufbauen kann, gerät im Alter schneller in die Gefahr, unter Altersarmut leiden zu müssen. Wenn Zwei Drittel der Deutschen über 17 Jahren über kein bzw. kaum Vermögen verfügen, ist jeder Aufruf zur privaten Altersvorsorge ein sozialpolitischer Drahtseilakt.

Hier ist der Gesetzgeber gefordert, verteilungs- und vor allem sozialpolitisch gegenzusteuern. Notwendig ist vor allem der Erhalt der umlagefinanzierten gesetzlichen, solidarischen Altersrente, um zu verhindern, dass im großen Umfang Altersarmut auftritt.

Es bleibt eine Daueraufgabe der Politik, für eine möglichst ausgeglichene Vermögensverteilung zu sorgen.

Eines der wichtigsten Instrumente einer solchen Politik ist die Steuerpolitik. Die Forderung nach einer Reaktivierung der 1996 stillgelegten Vermögenssteuer gehört seit Jahren zu den Standardforderungen der Gewerkschaften. Entsprechendes gilt für die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt angemahnte Reform der Erbschaftsteuer.

Das derzeitige Aufkommen der Erbschaftsteuer in Deutschland in Höhe von 4 Mrd. Euro müsste verdoppelt und verdreifacht werden, wenn man z. B. die Erbschaftsbesteuerung in Frankreich oder den Niederlanden zum Vergleich heranzieht. Auch müssten hohe Einkommen einer stärkeren Einkommensteuerprogression unterworfen werden als das derzeit der Fall ist (*siehe Wipo-Schnelldienst Nr. 12/2007: Erbschaftsteuerreform - Wie geht es weiter?*).

Tatsächlich bewegt sich die Politik seit dem Antritt der schwarz-roten Koalition auf einem entgegengesetzten Pfad: Während durch die Unternehmensteuerreform ab 2008 die Unternehmen jährlich um rund 10 Mrd. Euro entlastet werden, wurde bei der Arbeitnehmerschaft kräftig „draufgepackt“.

Allein die Anhebung der Mehrwert- und Versicherungsteuer um drei Prozentpunkte belastet die privaten Haushalte mit rund 25 Mrd. Euro. Dazu kommt eine Reihe gezielter Verschlechterungen im Lohnsteuerrecht. Zu nennen wäre an erster Stelle die Kürzung der Pendlerpauschale. Die Neuregelung bei der Pendlerpauschale, die Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort erst ab dem 21 Kilometer als Werbungskosten abzugsfähig macht, belastet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit jährlich rund 3 Mrd. Euro. Die Bundesregierung sollte nicht bis zur endgültigen Klärung der Verfassungskonformität der veränderten Pendlerpauschale vor dem Bundesverfassungsgericht in 2008 warten, sondern die unsoziale und einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die sofortige Rückkehr zur alten Regelung bei der Pendlerpauschale beenden.

Auch der Wegfall der Begünstigung von Arbeitnehmerabfindungen oder die Nichtanerkennung der Kosten von Arbeitszimmern als Werbungskosten usw. belasten die abhängig Beschäftigten zusätzlich. Nun kommt nach den jüngsten Vereinbarungen in der Koalition der Verzicht auf eine gerechtere und aufkommensstärkere Erbschaftsteuerreform hinzu.

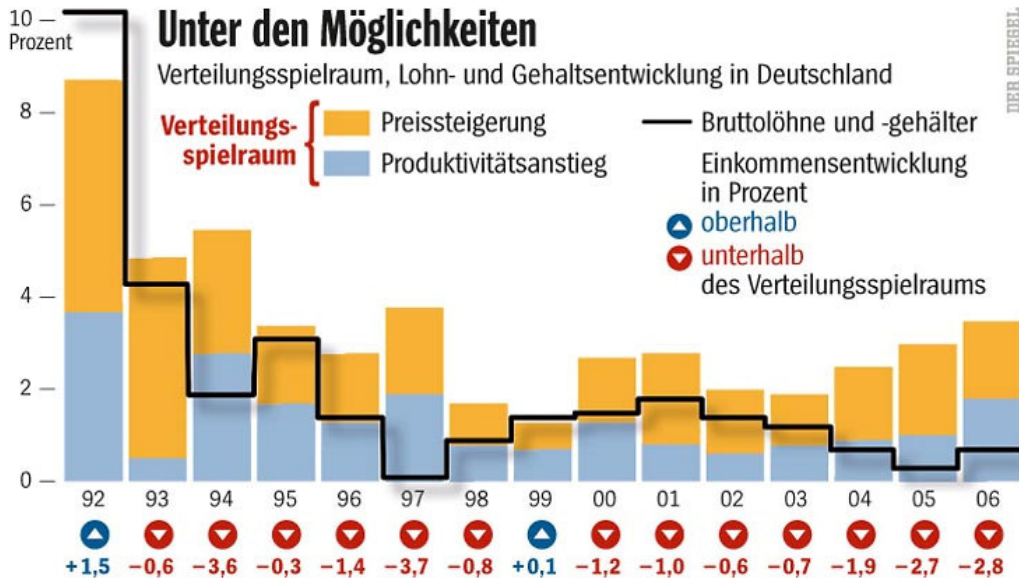
Wenn die Politik nicht mit den erforderlichen Maßnahmen auf Seiten der Steuern für eine ausgeglichene und gerechtere Vermögensverteilung sorgen will, sollte sie es zumindest auf der Ausgabenseite mit der Bereitstellung öffentlicher Güter tun.

Deutschland liegt mit seinen Ausgaben für Investitionen und in Infrastruktur und Bildung in der unteren Hälfte der internationalen Vergleichsskala. Mindestens 20 Mrd. Euro müssen jährlich zusätzlich in diese Felder fließen, wenn an den internationalen Standard Anschluss gefunden werden sollte.

Die Gewerkschaften werden auch in Zukunft weiter versuchen, mit Hilfe kräftiger Tariflohnpolitik dafür zu sorgen, dass der Vermögensaufbau nicht spurlos an den Arbeitnehmern vorbeigeht. Die Erfahrung über Jahrzehnte Tariflohnpolitik hat allerdings auch gezeigt, dass eine grundsätzliche andere Einkommens- und Vermögensverteilung gegenüber den klassisch Reichen und zu Lasten des Kapitals kaum möglich war. Dennoch: Zukünftige Tariflohnsteigerungen müssen immer mindestens einen Inflationsausgleich und den Produktivitätsanstieg berücksichtigen. Eine Umverteilungskomponente ist zusätzlich denkbar und vor dem beschriebenen Hintergrund der Vermögensverteilung in Deutschland auch wünschenswert.

Seit Anfang der 1990er Jahre wurde der Verteilungsspielraum (bestehend aus Inflationsausgleich und Produktivitätsanstieg) lediglich zweimal überschritten bzw. ausgeschöpft (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:



Quelle: www.spiegel.de. Online Zugriff vom 12.10.2007

Mitarbeiterbeteiligungsmodelle können eine Ergänzung sein. Sie dürfen kräftige Tariflohnsteigerungen jedoch nicht ersetzen, sondern sind als zusätzliche Komponente denkbar.

Insgesamt bleibt es dabei, dass große Vermögen stärker zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden müssen. Die DIW-Studie zur Vermögensverteilung in Deutschland hat dieses Erfordernis noch einmal deutlich aufgezeigt.